

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 5. November 2011

KOLUMNE

Überschuldung frisst Demokratie

Der Fluch jahrzehntelang praktizierter Volksbeglückung, die sich in unvorstellbar hohen Staatsdefiziten niedergeschlagen hat, macht Politiker aller Couleur in den entwickelten Industriestaaten zu Getriebenen der Finanzmärkte. Ganz nebenbei werden Grundwerte demokratischer Kultur abgeräumt. Der Absturz der Aktienkurse auf die Ankündigung eines Referendums in Griechenland, mit dem der griechische Regierungschef die eigenen Landesleute über die Sparbeschlüsse des letzten EU-Gipfels abstimmen lassen wollte, ist ein Fanal gegen demokratische Tugenden. Und wie willfährig europäische Spitzenpolitiker den Druck der Finanzmärkte auf Giorgos Papandreou abgeladen haben, beweist seine Volte beim Referendum, das jetzt doch nicht stattfinden wird. Vom Volk gewählte Regierungschefs erzwingen die Absage einer Volksabstimmung, weil sie ein Nein des griechischen Volkes und damit das Scheitern ihres eigenen 18-monatigen Rettungsschirmaktivismus befürchten. Das ist die eigentliche Lehre des EU-Krisengipfels in Cannes.

Doch wie sieht es mit der demokratischen Legitimation der Retter aus? Gäbe es in Deutschland eine Mehrheit im Volk, wenn es zur Euro-Rettungsschirmpolitik befragt würde? Würde der Souverän in Frankreich den Kurs der eigenen Regierung mittragen? Fände sich überhaupt in einem Euroland eine sichere Mehrheit für die Rettungspolitik, die von den eigenen Regierungen seit dem Frühjahr 2010 als „alternativlos“ propagiert wird? Genau weil sie diese Gewissheit nicht haben, reagierten die Merkels und Sarkozys so empört auf Papandreous Ansage einer Volksabstimmung.

Doch was ist unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung noch wert, wenn die politischen Eliten Hinterzimmerpolitik machen und die eigene Bevölkerung immer weniger auf den oft mühsamen Weg des politischen Kompromisses mitnehmen? Die Exekutive hat – vor allem auf europäischer Ebene – eine Machtposition gewonnen, die längst zu Lasten der demokratischen Legitimation geht. Der Euroraum verlangt einen nationalstaatlichen Souveränitätsverzicht, der nach einem offenen Diskurs mit der eigenen Bevölke-

rung geradezu schreit und vom Volk dann auch souverän in einem Referendum zu entscheiden wäre. Doch weder bei der Euro-Einführung noch bei der europäischen Verfassung war das Volk in Deutschland gefragt. Es reicht ja, wenn die Regierungen Politik machen. Das Volk stört doch nur.

Diese Haltung zerstört aber die demokratische Kultur, für die sich Europas Politiker in Sonntagsreden so gern vom Rest der Welt abheben wollen. Wer das europäische Demokratieprojekt weiter als Projekt der Regierungseliten hinter verschlossenen Türen zelebriert, befeuert die Ablehnung bei den Völkern der Mitgliedsstaaten in atemberaubendem Tempo. Europa war

schon lange nicht mehr so gespalten wie heute. Viele Bürgerinnen und Bürger spüren, dass ihre Meinung für die eigenen Regierungen weit weniger Gewicht hat als die so überhöhten Finanzmärkte.

Doch die vielbeschworene Macht der Finanzmärkte hat mit einem Politikverständnis zu tun, das die argumentative Auseinandersetzung mit dem eigenen Volk nicht mehr sucht. Schlechtestes Beispiel war der politische Attentismus in Deutschland nach der letzten Bundestagswahl. Union und FDP wollten die nordrhein-westfälischen Wähler nicht gegen sich aufbringen, die im Mai 2010 einen neuen Landtag zu wählen hatten. Also wurde eine monatelange Pause in der Reformpolitik verabredet, obwohl beide Parteien einen klaren bürgerlichen Regierungsauftrag hatten und sogar über die seltene Konstellation einer eigenen Mehrheit in der Länderkammer, dem Bundesrat, verfügten. Angesagt gewesen wäre eine Spar-Strategie, mit der die demographiebedingte Kostensteigerung in der Kranken- und Pflegeversicherung strukturell gebremst werden kann. Auch eine umfassende Steuerstrukturreform stand auf der Agenda. Doch die Zeit wurde mut- und tatenlos verspielt, die Wahl in Düsseldorf aus bürgerlicher Sicht verloren, die Bundesratsmehrheit gleich mit. Die strukturellen Defizite sind geblieben und mit ihnen die Macht der Finanzmärkte, die sich vor allem aus der Unfähigkeit der Politik speist, die Überschuldung der öffentlichen Budgets wirksam zu stoppen.



Oswald Metzger
Einspruch!